



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 11. Februar 2026

Antrags-Nr. 26-F-02-0002

**Sicherstellung des Weiterbetriebs der Kath. Kindertagesstätte St. Elisabeth
- Antrag der CDU-Fraktion vom 04.02.2026 -**

Die Katholische Kindertagesstätte St. Elisabeth in Wiesbaden musste aufgrund gravierender baulicher Mängel - insbesondere einer als gesundheits- und lebensgefährdend eingestuften Elektroanlage - kurzfristig geschlossen werden. Diese plötzliche Schließung stellt eine erhebliche Belastung für die betroffenen Kinder, deren Familien sowie für die Beschäftigten der Einrichtung dar.

Zwar konnte eine Notunterbringung der Kinder in anderen Einrichtungen des Trägers organisiert werden, diese stellt jedoch keine nachhaltige Lösung dar. Nach vorliegenden Informationen belaufen sich die erforderlichen Sanierungskosten auf rund 3,2 Mio. Euro, wobei das Bistum Limburg die Übernahme eines erheblichen Kostenanteils zugesagt hat und auch die Kirchengemeinde ihren Beitrag leisten will.

Angesichts der hohen Bedeutung verlässlicher Kinderbetreuung für Familien, der Verantwortung gegenüber den Beschäftigten sowie des bestehenden Fachkräftemangels im frühkindlichen Bereich ist es dringend geboten, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Beitrag leistet und alle verfügbaren Möglichkeiten nutzt, um eine schnelle Sanierung und Wiederinbetriebnahme der Kita zu ermöglichen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Alle im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung rechtlich und tatsächlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die für die Sanierung der Kath. Kindertagesstätte St. Elisabeth in Wiesbaden notwendigen finanziellen Mittel kurzfristig bereitzustellen.
2. Das Verfahren zur Finanzierung, Bewilligung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen maximal zu beschleunigen, insbesondere durch priorisierte Bearbeitung innerhalb der zuständigen Fachämter.
3. In enger Abstimmung mit dem Träger der Einrichtung, dem Bistum Limburg sowie der Kirchengemeinde St. Bonifatius sicherzustellen, dass die zugesagten Drittmittel zeitnah in ein abgestimmtes Finanzierungskonzept eingebunden werden.

Beschluss Nr. 0090

Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen nicht aufgerufen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2026

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2026

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister